

Müllheim

Schreckgespenst Abschiebung

Weiler Zeitung, 15.07.2015 23:09 Uhr



Die grünen Landespolitikerinnen Bärbl Mielich (l.) und Bea Böhlen diskutierten in Müllheim über die Probleme der Arbeit ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe. Foto: Dorothee Philipp Foto: Weiler Zeitung

Müllheim (do). Die wachsenden Flüchtlingsströme stellen die Politik in Europa auf allen Ebenen vor nie gekannte Herausforderungen. Umso wichtiger ist es für die Politiker, sich mit denen zu vernetzen, die sich in den Kommunen ehrenamtlich um Integration und Betreuung der Flüchtlinge kümmern. Um mehr über die Verhältnisse vor Ort zu erfahren, besuchte die grüne Landtagsabgeordnete Bärbl Mielich die Gemeinschaftsunterkunft in Müllheim, wo derzeit rund 80 Menschen untergebracht sind. Begleitet wurde sie von der Vorsitzenden des Petitionsausschusses im baden-württembergischen Landtag, Beate Böhlen. In einer Austauschrunde mit zahlreichen Mitgliedern des für die Flüchtlingshilfe in Müllheim gegründeten Vereins „Zuflucht“ kamen sehr schnell die Kernprobleme der Flüchtlingsarbeit zur Sprache. Vor allem die Abschiebungen machen den Ehrenamtlichen zu schaffen, besonders dann, wenn die betreffende Person bereits ein gutes Stück Weg zur Integration gegangen ist. „Dublin 3 ist das Schreckgespenst aller Helferkreise“, brachte es eine Frau auf den Punkt. Die beiden Politikerinnen bedauerten, dass der Bund seit vergangenem Jahr sämtliche Entscheidungsbefugnisse über Bleiberecht an

sich gezogen hat und die Länder hier keine Mitsprachemöglichkeit mehr hätten. „Wir haben nichts mehr in der Hand“, sagte Böhlen. Aber Baden-Württemberg bemühe sich derzeit zusammen mit Hessen und Rheinland-Pfalz um eine Ausweitung des Handlungsspielraums der Länder. Bürgermeisterin Astrid Siemes-Knoblich beschrieb die Zwickmühle, in der sich die Kommunen befinden. Sie dürfe nicht zu zivilem Ungehorsam aufrufen, auch wenn sie die Ungerechtigkeit der Abschiebungen im Herzen nachfühlen könne. Das derzeitige Verfahren sei eine Krücke, die die Politik baldmöglichst beheben müsse. Samuel Gebert, der Sprecher von „Zuflucht“, unterstrich den Wunsch der Vereinsmitglieder, in die Fragestellungen der Politik mit einbezogen zu werden. „Wir haben viele gute Ideen, realistische Verbesserungsvorschläge und auch eine Menge Fachverstand und Sachkenntnis in unseren Reihen, von denen die Politik profitieren könnte“, sagte er. Er kritisierte außerdem die Politik der Abschreckung, die nicht zum Erfolg führen werde, was auch wissenschaftlich belegt sei. Erschwert wird die Situation der Flüchtlinge dadurch, dass Menschen vom westlichen Balkan ebenfalls mit Asylanträgen nach Deutschland kommen. Hier sei ein Einwanderungsgesetz überfällig, sagte Böhlen. Dann würde das „Nadelöhr Asyl“ entschärft. Auch die lange Dauer der Asylverfahren wurde von den Ehrenamtlichen kritisiert. Hier reichte Böhlen den Schwarzen Peter an den Bund weiter, der sich nicht rechtzeitig um mehr Personal für die Bearbeitung der Anträge gekümmert habe. Ein wichtiges Thema für Müllheim ist die so genannte Anschlussunterbringung der Flüchtlinge, wenn sie aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen. Dass sich hier auch das Land in der Pflicht sieht, machten Böhlen und Mielich deutlich: Das Land durchforste derzeit seine sämtlichen Immobilien nach Unterbringungsmöglichkeiten und stelle darüber hinaus den Kommunen 30 Millionen Euro zur Verfügung, damit sie neue Unterkünfte bauen können. Beide Politikerinnen lobten die Arbeit der Ehrenamtlichen in Müllheim: „Sie haben hier eine beeindruckende Zahl von Personen, die sich um die Menschen kümmern, die bei uns Schutz suchen“, sagte Mielich.